

## Haushaltsrede für die KTG Die Linke am 11.03.2024

(Es gilt das gesprochene Wort)



Main-Taunus  
im Kreistag

Frau Kreistagsvorsitzende, meine Herren, meine Damen,

Nach der **Zeitenwende** auf Bundesebene hat der Landrat bei der Einbringung seines Haushalts-Entwurfes nun die **Finanzwende** ausgerufen. Und er hat auch gesagt, wie er diese Finanzwende einleiten will. **Sparen**, so sagte er, könne man am besten beim **Personal** und bei der **Bauunterhaltung**. Und in beiden Bereichen wollen Sie, Herr Landrat, **jeweils 4 Millionen € sparen!**?

Das sind dann auch gleich die **teuersten Sparmaßnahmen**, die es so gibt, zumindest wenn man den Horizont vom laufenden Haushaltsjahr auf die lang- bzw. schon mittelfristigen Folgen erweitert:

Wohin **Sparen bei der Bauunterhaltung** führt, sieht man nicht nur bei bröckelnden Autobahn-Brücken, Schlaglochpisten und Oberleitungs-, Signal- und Weichenstörungen bei der Bahn, sondern auch an unseren baugleichen Schulen oder der Sanierung der Main-Taunus-Schule usw. Nicht nur die Bau- bzw. Sanierungskosten steigen, sondern auch die volkswirtschaftlichen Schäden.

**Sparen beim Personal** führt **einerseits zu schlechterem Service** für die Menschen im MTK, zu weniger Sicherheit und zu schwindendem Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit, zu schlechterer Betreuung von Menschen in allen Lebenslagen, Verschlechterung von Bildungschancen, Erhöhung von Suchtproblemen, höheren Sozialausgaben und auch höherer Kriminalität, mit gesundheitlichen Folgen für diese sowie zur **andererseits zu höherer Belastung der Beschäftigten** Verringerung der Attraktivität des MTK als Arbeitgeber und damit zur Abwanderung von Personal und größeren Problemen bei der Personalgewinnung, wodurch sich die Situation insgesamt weiter verschlechtert. Mit Ankündigungen wie „Sparen kann man am besten beim Personal“ und beim Personal sollen 4 Millionen € eingespart werden, erhöht man die **Motivation der derzeitigen Beschäftigten** sicher auch nicht gerade.

Wenn man beim Personal sparen will, dann kann man das ohne Leistungseinbußen für die Bevölkerung am effektivsten durch einen **kw-Vermerk bei und letztlich den Entfall der B4-Stelle für eine/n weiteren Beigeordnete/n** und damit ein viertes hauptamtliches KA-Mitglied tun. Deshalb beantragen wir das erneut. Dadurch würden **spätestens 2026 etwa 100.000 € und ab 2027 pro Jahr mindestens 144.000 € eingespart**.

Man kann aber **in einer Verwaltung, in der seit Jahren so viele Stellen unbesetzt sind**, dass weder ausreichend Waffenkontrollen, noch eine geordnete Bauaufsicht stattfinden können, Termine bei der Erziehungsberatung mit 50 Tagen Wartezeit vergeben werden, der

Rettungsdienst überlastet ist, um nur einige Beispiele zu nennen, **nicht noch Personal einsparen, ohne gravierende Einschränkungen bei den Dienstleistungen für die Öffentlichkeit und Überlastungen bei den Beschäftigten hervorzurufen.**

**Deshalb lehnen wir sowohl kurzfristige Einsparungen bei der Bauunterhaltung als auch vor allem beim Personal ab.** Im Gegenteil fordern wir auch in diesem Jahr ein „Programm Attraktiver Öffentlicher Dienst“ zur Personalgewinnung und zur Verhinderung von Abwanderung von Beschäftigten zu anderen Arbeitgebern.

**Was wir auch ablehnen, sind Kürzungen im Sozialbereich, wie z.B.**

bei der Schulsozialarbeit,

beim Sozialbüro und

bei der Hospizarbeit

Dies auch vor dem Hintergrund, dass an anderen Stellen, wie z.B. der **Öffentlichkeitsarbeit, „inflationsbedingte“ Kosten-steigerungen bis über 30%** eingepreist werden.

Lobenswert ist, dass Ausgabepositionen wie Gelder für den Kreis-Investitionsfonds in seiner bisherigen Form ebenso entfallen wie Beiträge zur Gigabit GmbH, deren Nutzen sich uns nie erschlossen hat.

Dagegen werden weiterhin Gelder für die Mitgliedschaft in der **PD - Berater der Öffentlichen Hand GmbH** ausgegeben, deren Dienste man bislang noch nie in Anspruch genommen hat und derer man sich offenbar erst durch unsere Anfrage vom 25. Januar wieder erinnert hat. Und man hat knapp **eine Million Euro** an die **Fa. Titan Networks – MTKom** - für die Breitbanderschließung in den drei Hofheimer Stadtteilen Langenhain, Lorsbach und Wildsachsen gezahlt, damit aber letztlich nur 200 Anschlüsse dauerhaft geschaffen.

Was wiederum völlig fehlt, **sind Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Umsetzung der Verkehrswende.** „Selig sind, die nicht sehen und doch glauben.“, heißt es im Evangelium, aber wir glauben inzwischen nicht mehr an die Erstellung und vor allem auch nur teilweise Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes noch in dieser Wahlperiode.

Denn das **Klimaschutzkonzept von 2014 (!)** harrt weiter seiner Fortschreibung, die seit Jahren immer wieder für den nächsten Herbst oder das nächste Frühjahr angekündigt wird, ohne dass etwas passiert. Zwischenzeitlich wird das **Landratsamt** für immer höhere Kosten **ohne PV-Anlagen auf dem Dach** erweitert. Die Beschäftigten der Kernverwaltung erhalten neben ihrem Job-Ticket auch alle einen für sie **kostenlosen Parkplatz**, aber der **Busverkehr wird nicht optimiert**, um die ÖPNV-Nutzung attraktiver zu machen – weder für Beschäftigte, gerade im Schichtdienst, noch für Besucher/innen oder ganz allgemein für alle, die im MTK mobil sein wollen bzw. müssen. Den Beschäftigten **außerhalb der Kernverwaltung** wie z.B. in den Kliniken bietet man **erst gar keine Job-**

**Tickets** an, weil die ÖPNV-Verbindungen so schlecht sind, wie der frühere Klinik-Geschäftsführer erklärte. **Aber bei den Kliniken soll ja auch Personal eingespart werden** – was zu Lasten des vorhandenen Personals und der Patienten und Patientinnen geht, aber gleichzeitig die Attraktivität der Kliniken und Erhöhung der Fallzahlen bewirken soll.

**Unerträglich sind die in der Haushalts-Präsentation genannten Ursachen für die Finanzprobleme:** Aufgeführt werden die steigenden Sozialleistungen und insbesondere der Anteil von Nichtdeutschen Leistungsbeziehern sowie die Kosten der „Migration“, wobei hier z.B. die wöchentliche **Aufnahmeverpflichtung von 64 Personen** aufgeführt wird, obwohl es seit Jahresbeginn nur 2 Personen pro Woche waren und derzeit wohl gar keine. Verschwiegen wird auch, dass die Probleme bei der Unterbringung u.a. daraus resultieren, dass man den **„Kastengrund“ vor einigen Jahren profitabel verkauft**, den Erlös aber nicht zur Schaffung anderer Unterkünfte oder noch besser von Wohnraum verwendet hat. Dass auch andere Unterkünfte ersatzlos geschlossen wurden, **begründete der Landrat damit, dass man ja nicht damit gerechnet hätte, dass nach 2015/16 nochmal viele Flüchtlinge kämen.** Als ob es nicht auch ohne den Überfall Russlands auf die Ukraine die ganze Zeit über Kriege, Gewaltherrschaft und Naturkatastrophen gegeben hätte und immer noch gibt! **Dass von den Flüchtlingen viele Sozialleistungen beziehen und nicht arbeiten**, liegt u.a. daran, dass es sich dabei um Kinder und Jugendliche handelt, dass es für diese an Betreuungsmöglichkeiten fehlt, was auch deren Eltern bzw. vor allem deren Mütter an einer Arbeitsaufnahme hindert bzw. schon an der Teilnahme an Sprachkursen ohne Kinderbetreuung. – Vom Arbeitsverbot und den allseits beklagten bürokratischen Hürden ganz abgesehen.

Außerdem sind die **Zahlen zum „ungebremsten Zustrom“ von Migranten**, der zu Brandbriefen mit den grundgesetz- und menschenrechtswidrigen Forderungen nach einer Begrenzung des Zuzugs führt, - oder zu so abstrusen **Äußerungen wie der des Hattersheimer Bürgermeisters Schindling „Tür zu, hier steigt keiner aus!“ – aufgebauscht.** Es werden nämlich die Zahlen des nicht sehr aktuellen Ausländer-Zentralregisters verwendet, in dem alle Zugezogenen ohne deutschen Pass erfasst werden, bis diese entweder wieder Deutschland verlassen oder die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen. Auf Nachfrage meines Kollegen Völker im Sozial- und Integrationsausschuss **„Fallen in diese Kategorie auch Personen, die 1992 im Rahmen des Jugoslawienkrieges in den MTK gekommen sind, seit dreißig Jahren hier leben, arbeiten, Steuern zahlen und nicht mehr Kontakt zu den Behörden des Kreises haben als jeder andere Mensch mit deutschem Pass auch?“** Lautet die klare Antwort der Ausländerbehörde: Ja.“ Wenn es dieses Register damals schon gegeben hätte, wären wohl auch die **Hugenotten** noch darin erfasst.

**Höchste Zeit also für eine moralische und soziale Kehrtwende!**

Lassen Sie mich deshalb mit den Worten eines Menschen enden, der sicher weder beim Landrat, noch bei den Mitgliedern der Koalition im Verdacht des Linksextremismus steht: nämlich Papst Franziskus.

**Christen wie auch Sozialisten, Marxisten und Kommunisten** sollten an einer "besseren, brüderlichen Zukunft" für eine durch Kriege und Polarisierung gesplante Welt bauen, sagte Franziskus lt. „katholisch.de“ bei einem Empfang im Januar d.J. im Vatikan. Es gelte, starre trennende Ansätze zu überwinden, Auseinandersetzungen mit offenem Herzen zu führen und einander zuzuhören, ohne jemanden aus politischen, sozialen oder religiösen Gründen auszuschließen." **Lassen Sie nicht zu, dass die Finanzen und der Markt das Gesetz diktieren**", schärfte der Papst seinen Gästen ein. Sie sollten "nicht aufhören, von einer besseren Welt zu träumen", in der Ideale wie Freiheit, Gleichheit, Würde und Brüderlichkeit hochgehalten werden; diese Ideale seien ein "Spiegel des Traumes Gottes" für die Menschheit. **Es gelte, volle Aufmerksamkeit den Schwachen zu widmen; den Armen, Arbeitslosen, Obdachlosen, Migranten, Ausgebeuteten** und allen, die durch eine Wegwerfkultur ausgesondert würden. Der Umgang mit ihnen sei das Maß einer Zivilisation.

(aus katholisch.de Papst: Marxisten und Christen haben gemeinsamen Auftrag, veröffentlicht am 10.01.2024)

**Wir stellen unsere folgenden Anträge zur Einzelabstimmung:**

- Nr. 3 „Reduzierung Mehraufwand Öffentlichkeitsarbeit“
- Nr. 6 „kw-Vermerk zweite B4-Stelle KA“
- Nr. 7 „keine Erhöhung der Elternbeiträge Schulbetreuung“
- Nr. 8 „keine Streichung/Reduzierung der Zuschüsse für Sozialbüro und Hospizarbeit“
- Nr. 10 "dritte Erziehungsberatungsstelle im MTK"
- Nr. 11 "Suchtberatung stärken"
- Nr. 14 „Gebäudeunterhaltungs-Aufwand gem. KGSt-Empfehlung“
- Nr.15 „Programm Attraktiver Öffentlicher Dienst“
- Nr. 19 „Nachtbusverkehr durch MTV GmbH einrichten“

gez. Dr. Barbara Grassel